

Widerstandsfähigkeit als kulturpolitische Aufgabe

Zur Bedeutung der Resilienz-Strategie der Bundesregierung für den Kulturbereich in Deutschland



Prof. Dr. Markus Hilgert ist Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder

Foto: Götz Schleser

Wir stehen vor einem schwierigen Winter, darin sind sich alle einig. Im Kulturbereich geht erneut die Angst vor der Schließung von Kultureinrichtungen um. Doch anders als in den Wintermonaten der beiden vorausgehenden Jahre ist die Pandemie derzeit nicht der einzige gravierende Risikofaktor, der den kulturpolitisch Verantwortlichen in Deutschland Sorgen macht. Tatsächlich zeichnet sich aktuell ein weiteres dramatisches Risikoszenario ab, dessen konkrete Auswirkungen auf Kultureinrichtungen sowie die im Kulturbereich aktiven Menschen gegenwärtig nur teilweise abzusehen sind: die Energiekrise, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine. Eines ist klar: Die explodierenden Kosten für Gas und Strom werden schon bald viele staatliche und nichtstaatliche Träger von Kultureinrichtungen zu schwierigen Abwägungen und schmerzhaften Priorisierungen zwingen. Aber welche Handlungsoptionen hätten wir, wenn im schlimmsten Fall Museumsdepots nicht mehr klimatisiert und sogenannte Dritte Orte wie soziokulturelle Zentren nicht mehr geheizt werden könnten?

Es ist kaum mehr als eine glückliche zeitliche Fügung, dass die Bundesre-

gierung am 13. Juli dieses Jahres die »Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen« (Resilienz-Strategie) verabschiedet hat.¹ Denn das Dokument resultiert – formal betrachtet – aus der Verpflichtung Deutschlands zur Umsetzung des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge (2015–2030) der Vereinten Nationen, wurde in weiten Teilen bereits von der vorausgehenden 23. Bundesregierung (2018–2021) erarbeitet und ist damit nicht als unmittelbare Antwort der aktuellen Bundesregierung etwa auf die Covid-19-Pandemie, die Flutkatastrophe im Sommer des vergangenen Jahres oder den Krieg in der Ukraine zu verstehen.

Gleichzeitig hätte der Zeitpunkt für die Veröffentlichung der Resilienz-Strategie kaum besser gewählt sein können, denn eine Tatsache ist derzeit so offensichtlich wie wohl niemals zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte: »Wir müssen unsere Widerstandsfähigkeit gegen ein breites Krisenspektrum stärken; Resilienz gegenüber Katastro-

¹ <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/resilienzstrategie/resilienzstrategie-node.html>

phen stärkt dabei auch unsere Resilienz gegenüber militärischen und hybriden Bedrohungen« (Resilienz-Strategie, S. 4). Die Resilienz-Strategie sieht dabei insgesamt fünf Handlungsfelder vor, die bewährte strategische Anforderungen an die staatliche Katastrophen- und Notfallvorsorge abbilden:

1. Das Katastrophenrisiko verstehen.
2. Die Institutionen stärken, um das Katastrophenrisiko zu steuern.
3. In die Katastrophenvorsorge investieren, um die Resilienz zu stärken.
4. Die Vorbereitung auf den Katastrophenfall verbessern und einen besseren Wiederaufbau ermöglichen.
5. Internationale Zusammenarbeit.

Zum dritten Handlungsfeld, das der Stärkung der Resilienz durch Investitionen in die Katastrophenvorsorge gewidmet ist, zählt die Resilienz-Strategie auch den »Kulturgutschutz« (Abschnitt 3.15, S. 61). Betrachtet man die insgesamt zehn Handlungsempfehlungen, die unter dieser Überschrift zusammengefasst sind, wird einerseits schnell deutlich, dass die Resilienz-Strategie explizit vor allem auf den Schutz von materiellem und immateriellem Kulturgut und damit vorrangig auf das Risiko-

und Krisenmanagement in Kulturgut bewahrenden Einrichtungen abzielt. Illustriert wird dies durch die Empfehlungen zur Förderung des Sicherheits-Leitfadens Kulturgut (Silk) und des Projekts KulturGutRetter, zum Ausbau der Bundessicherungsverfilmung von national wertvollem Archiv- und Bibliotheksgut, zur weiteren Identifizierung und Kennzeichnung von unbeweglichem Kulturgut nach der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (1954) oder zur Erarbeitung bzw. Weiterentwicklung von Konzepten für Auslagerungs- und Bergungsmaßnahmen bei beweglichem Kulturgut. Hier wiederholt die Resilienz-Strategie im Wesentlichen Forderungen der »Konzeption Zivile Verteidigung« des Bundesministeriums des Innern aus dem Jahr 2016.²

Andererseits steht außer Frage, dass die zeitnahe Umsetzung weiterer zentraler Handlungsempfehlungen der Resilienz-Strategie nicht nur in Kulturgut bewahrenden Einrichtungen, sondern

² <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/zivil-und-katastrophenschutz/konzeption-zivile-verteidigung/konzeption-zivile-verteidigung-node.html>

flächendeckend im gesamten Kulturbereich die kulturellen Infrastrukturen in Deutschland sehr viel widerstandsfähiger machen würde, als sie dies gegenwärtig sind. Hierzu zählen insbesondere die Stärkung des Katastrophenrisikomanagements in den Institutionen, der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Kultureinrichtungen und Akteuren der Gefahrenabwehr, die Gründung zusätzlicher Notfallverbände auf lokaler und regionaler Ebene sowie die Konzeption behördenübergreifender Strategien und Austauschplattformen.

Auch unabhängig davon, vor welche Herausforderungen der kommende Winter den Kulturbereich in Deutschland konkret stellen wird, Leitungen und Träger von Kultureinrichtungen sind jetzt gut beraten, wenn sie gerade diese letztgenannten Empfehlungen der Resilienz-Strategie ernst nehmen. Dringenden Handlungsbedarf gibt es beim Sicherheits- und Risikomanagement der Kultureinrichtungen. Wesentliche Elemente dieses Sicherheits- und Risikomanagements sind etwa ein detaillierter Notfallplan, die Einrichtung eines Krisenstabs, die Priorisierung von besonders schützenswertem Kulturgut, Planungen für die Bergung und Aus-

lagerung von beweglichem Kulturgut einschließlich der Identifikation von Bergungsorten sowie die Bereitstellung von Notfallmaterialien. Die Erfahrung zeigt weiterhin, dass Notfallvorsorge und Notfallhilfe auf lokaler und regionaler Ebene besonders effektiv sind, wenn sie vom stetigen Austausch mit den Behörden der Gefahrenabwehr, der Kooperation von Kultureinrichtungen untereinander sowie dem Schulter-schluss zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen werden. Nicht nur kleinere Kultureinrichtungen sind gerade auch zur Stärkung ihrer Resilienz auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen.

Den Kulturbereich möglichst gut auf die sich überlagernden Krisenszenarien einzustellen, ist gegenwärtig die dringlichste Aufgabe der Kulturpolitik in Deutschland. Die neue Resilienz-Strategie der Bundesregierung liefert dafür wichtige Ansatzpunkte. Ihre Umsetzung kann jedoch nur vor Ort erfolgen, in den Kommunen, Landkreisen und Ländern. Die aktive Unterstützung dieser Bemühungen durch den Bund scheint dabei unabdingbar. ■